



## Niederschrift

### 17. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion - Videokonferenz

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 18.05.2021
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	21:33 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Raum 0.090, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14469 Potsdam

---

#### Anwesend sind:

##### Ausschussvorsitz

Herr Uwe Adler	SPD	Sitzungsleitung
----------------	-----	-----------------

##### Ausschussmitglieder

Frau Katharina Tietz	DIE aNDERE	bis 21:15 Uhr
Frau Birgit Eifler	Bündnis 90/Die Grünen	ab 18:45 Uhr
Herr Uwe Fröhlich	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Isabelle Vandre	DIE LINKE	
Herr Lars Eichert	CDU	
Herr Helmar Wobeto	AfD	

##### stellv. Ausschussmitglieder

Frau Dr. Anja Günther	DIE LINKE	
Herr Nico Marquardt	SPD	

##### sachkundige Einwohner

Frau Heiderose Gerber	DIE aNDERE	
Herr Hendrik Nolde	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Bertram Otto	SPD	bis 20:50 Uhr
Frau Kerstin Sammer	CDU	
Frau Nina Waskowski	DIE LINKE	

##### Vertreter der Beiräte

Frau Fereshta Hussain	Migrantenbeirat	
Herr Peter Mundt	Seniorenbeirat	

#### Nicht anwesend sind:

##### Ausschussmitglieder

Frau Jana Schulze	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Pete Heuer	SPD	entschuldigt

##### zusätzliches Mitglied

Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	entschuldigt
----------------------	---------------	--------------

### **sachkundige Einwohner**

Herr Andreas Koch	BürgerBündnis	entschuldigt
Herr Tom Seefeldt	Freie Demokraten	entschuldigt

### **Beigeordnete**

Frau Brigitte Meier	Geschäftsbereich 3	entschuldigt
---------------------	--------------------	--------------

### **Vertreter der Beiräte**

Frau Manuela Kiss	Beirat für Menschen mit Behinderungen	entschuldigt
-------------------	---------------------------------------	--------------

### **Gäste:**

Frau Sabine Becker	Fraktion Freie Demokraten
Frau Martina Trauth	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Frau Dr. Tina Denninger	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Frau Dr. Kristina Böhm	Fachbereich Öffentlicher Gesundheitsdienst
Frau Uta Kitzmann	Fachbereich Soziales und Inklusion
Frau Sabine Reisenweber	Fachbereich Bildung, Jugend und Sport
Frau Katrin Hayn	Fachbereich Öffentlicher Gesundheitsdienst
Herr Matthias Gumberger	Fachbereich Soziales und Inklusion
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

### **Tagesordnung:**

#### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.04.2021 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Berücksichtigung ökologischer Kriterien in der örtlichen Bauleitplanung  
Vorlage: 20/SVV/1215  
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, SPD  
- Wiedervorlage -
- 4.2 Schaffung einer Stelle zum Thema Seelische Gesundheit  
Vorlage: 21/SVV/0307  
Fraktion Freie Demokraten
- 4.3 Einrichtung einer Koordinierungsstelle gegen Gewalt an Frauen, sexualisierte Gewalt und Stalking  
Vorlage: 21/SVV/0393  
Fraktion DIE aNDERE
- 4.4 Unterstützende Maßnahmen zur Bekämpfung von Pandemie-Spätfolgen bei Jugendlichen  
Vorlage: 21/SVV/0395  
Fraktion DIE aNDERE
- 4.5 Hilfsstrategie zur Betreuung von psychosozialen Auswirkungen der Pandemie  
Vorlage: 21/SVV/0498  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 4.6 Abwasseranalyse als Frühwarnsystem zur Pandemiebekämpfung  
Vorlage: 21/SVV/0455  
Fraktion Freie Demokraten
- 4.7 Verwertung aussortierter Waren des Einzelhandels  
Vorlage: 21/SVV/0493  
Fraktion CDU
- 4.8 Pflege vor Ort gestalten  
Vorlage: 21/SVV/0501  
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Verschiebung Inklusionspreis auf 2022  
Vorlage: 21/SVV/0489  
Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
- 5.2 Stand Erstellung Potsdamer Armutsbericht
- 6 Sonstiges

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Uwe Adler.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.04.2021 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Herr Adler stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 8 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Im Sitzungssaal sind Herr Adler und Frau Spyra anwesend, alle anderen Sitzungsteilnehmer sind per Video zugeschaltet.

Herr Adler stellt die Niederschrift zur Sitzung vom 20.04.2021 zur Abstimmung.

Die Niederschrift wird **bestätigt**.

Anschließend bittet Herr Adler um Abstimmung über die Tagesordnung. Er informiert, dass TOP 4.1 „Berücksichtigung ökologischer Kriterien in der örtlichen Bauleitplanung“ – DS 20/SVV/1215 nicht mehr beraten werden muss, da die Drucksache bereits in der Stadtverordnetenversammlung am 05.05.2021 beschlossen wurde.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

### zu 3      **Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums**

Der Bericht des Migrantinnenbeirates liegt schriftlich vor.

Herr Mundt verweist auf den 8. Altersbericht des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, der 2020 veröffentlicht wurde. Dieser sagt aus, dass Zugang und Nutzung digitaler Technologien für alle zur Verfügung stehen sollen. Die Corona-Pandemie hat verdeutlicht, dass dies wichtig ist, um die digitale Teilhabe für alle Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten.

Der Seniorenbeirat der Landeshauptstadt Potsdam hat am 20.04.2021 folgende Forderungen einstimmig beschlossen:

- Freies WLAN in Potsdam
- Bereitstellung entsprechender Soft- und Hardware für einkommensschwache Bürger
- Unterstützung von Anwendern bei Nutzung sowie bei Hard- und Softwareproblemen

Der Seniorenbeirat hat mit Unterstützung des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung folgenden Antrag formuliert:

*Der Oberbürgermeister wird gebeten, nachstehende Vorschläge, die auf eine Initiative des Seniorenbeirates der LH Potsdam zurückgehen, zu prüfen, ggf. zu modifizieren oder zu ergänzen, um auch den Mitgliedern der Gruppe der älteren Menschen geeignete Teilhabe an digitalen Technologien zu ermöglichen.*

*Dabei sollen u.a. folgende Ansätze verfolgt werden:*

- *Verringerung der Ungleichverteilung der Nutzung digitaler Angebote, die u.a. in Abhängigkeit von Bildungsgrad und Einkommen stark variieren*
- *Bereitstellung von Internetzugängen in allen Wohnformen von Seniorinnen und Senioren*
- *Kostenfreier Internetzugang im öffentlichen Raum*
- *Finanzielle und materielle Förderung entsprechender technischer Ausstattung (Soft- und Hardware, Zugang) für einkommensschwache Menschen*
- *Technischer Support und Qualifikationsangebote*

*Dem Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion soll im Dezember 2021 ein Zwischenstand berichtet werden. Darüber hinaus sollen die Überlegungen auch auf andere Bevölkerungsteile mit vergleichbaren Bedarfen Anwendung finden können.*

Abschließend weist Herr Mundt darauf hin, dass die drei Beiräte der LHP auf dem Verwaltungscampus in der ersten Etage des Hauses 1 ihre Büros haben. Er betont, dass im gesamten Haus 1 kein Raum mit einem Internetzugang für die Öffentlichkeit vorhanden ist und bittet zu prüfen, ob es möglich ist, den Mitgliedern der Beiräte eine Möglichkeit des Internet-Zuganges in der 1. Etage des Hauses 1 zu ermöglichen.

Herr Marquardt teilt mit, dass der 8. Altersbericht auch Thema im Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung ist. Herr Marquardt würde begrüßen, wenn der Seniorenbeirat an der Sitzung des Ausschusses teilnehmen würde.

Herr Marquardt macht deutlich, dass nicht alle Forderungen durch die Kommune erfüllt werden können. Er sagt zu, sich bezüglich des WLAN-Zugangs im Haus 1 mit Herrn Morgenstern-Jehia in Verbindung zu setzen.

Frau Dr. Günther fragt, ob es Kontakte des Seniorenbeirates mit den Verkehrsbetrieben in Potsdam zum kostenlosen WLAN in Straßenbahnen gibt. Herr Mundt macht deutlich, dass über kostenfreies WLAN im ÖPNV nicht diskutiert werden sollte. Dies sollte selbstverständlich sein.

Frau Becker (Fraktion Freie Demokraten) teilt mit, dass die Freien Demokraten den Antrag des Seniorenbeirates ebenfalls unterstützen.

Frau Dr. Denninger informiert, dass Herr Okurka keine Möglichkeit hat, an der digitalen Sitzung des Ausschusses teilzunehmen. Sie teilt mit, dass es seit dem letzten Bericht des Beirates keine Veränderungen gibt. Der Beirat tagt regelmäßig. Die Mediation wird durchgeführt.

#### **zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

##### **zu 4.1 Berücksichtigung ökologischer Kriterien in der örtlichen Bauleitplanung Vorlage: 20/SVV/1215**

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, SPD  
- Wiedervorlage -

Der Tagesordnungspunkt entfällt.

##### **zu 4.2 Schaffung einer Stelle zum Thema Seelische Gesundheit Vorlage: 21/SVV/0307**

Fraktion Freie Demokraten

Frau Becker (Fraktion Freie Demokraten) bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Hayn (Fachbereich Öffentlicher Gesundheitsdienst) erklärt, dass die Nachfrage an Beratung und Hilfe bei psychosozialen Problemlagen bereits vor der Pandemie stetig gestiegen ist. Die Suchtpräventionsfachstellen der Landeshauptstadt Potsdam gaben in den letzten drei Jahren im Rahmen der jährlichen Auswertungen, in den unterschiedlichen Alterssegmenten, steigende Präventions- und Beratungsanfragen an die vor allem auch Fragen der seelischen Gesundheit betrafen, z.B. Schulstress, Stressbewältigung durch Doppelbelastungen oder Zukunftsängste und Perspektivlosigkeit.

Die Fallzahlen in der Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche sind im Verlauf der letzten Jahre um ca. 20% angestiegen. Die aktuellen Fallzahlen der Hilfen zu Erziehung zeigen ebenfalls einen Anstieg. Auch die Zahl der Kindeswohlgefährdungen ist laut Kinderschutzbericht 2020, verglichen mit den letzten zwei Jahren stark angestiegen. Hierbei nimmt die psychische Gewalt neben Vernachlässigung einen hohen Stellenwert ein.

Der Öffentliche Gesundheitsdienst befürwortet die Schaffung einer Präventions- und Clearingfachstelle in der Landeshauptstadt Potsdam. Dafür sollte ein qualifizierter freier Träger im Rahmen einer Vergabe beauftragt werden.

Frau Becker schlägt vor, den Antrag entsprechend zu ändern.

Herr Eichert verweist auf die schlechtere Finanzlage der Stadt durch die Pandemie. Er fragt, wie dies zu finanzieren ist, wenn ein Träger die Leistung erbringt.

Frau Hayn erklärt, dass für die besonders vulnerable Zielgruppe der Kinder aus sucht-/psychisch belasteten Familien derzeit über einen Drittmittelantrag (GKV-Bündnis) eine Schnittstelle in der Erwachsenen- sowie Kinder- und Jugendpsychiatrie des Klinikums Ernst von Bergmann beantragt wird. Des Weiteren befindet sich im Setting Schule ein Drittmittelantrag für das Projekt „Seelische Gesundheit trifft Schule in Potsdam“ im Zeichnungsgang. Das Projekt soll im August 2021 an Potsdamer Schulen in sozial belasteten Stätteilen starten. Es muss hier aber auch mit Eigenmitteln gerechnet werden. Darüber muss gemeinsam beraten werden, was sich die Landeshauptstadt Potsdam in den nächsten Jahren leisten möchte. Sie sieht hier einen großen Bedarf.

Herr Eichert betont, dass sichergestellt werden muss, dass dies realisiert werden kann, wenn der Antrag beschlossen wird.

Frau Hayn macht deutlich, dass dies in den Haushalt geplant wird.

Herr Fröhlich spricht für den Antrag. Er fragt, ob es sich um pflichtige oder freiwillige Leistungen handelt und weist darauf hin, dass es bereits die Stelle der Psychiatriekoordination gibt.

Frau Hayn erklärt, dass die Leistung dem Grunde nach pflichtig ist. Vom Gesetzgeber wurde nicht beschrieben, mit welcher Ausstattung und in welcher Form dies getan werden muss.

Sie betont, dass die Psychiatriekoordination nicht die Aufgabe hat, hier Aufklärung zu betreiben.

Frau Vandre fragt, in wie fern die Beauftragung eines freien Trägers ein komplett anderer Antrag wäre. Sie betont aber die Notwendigkeit, den gestiegenen Bedarfen nachzukommen.

Sie regt an zu besprechen, wie mit dem Antrag umgegangen werden soll.

Herr Eichert verweist auf den vierten Spiegelstrich im Antrag.

Frau Becker schlägt vor, die Einbeziehung eines freien Trägers als eine Möglichkeit in den Antrag aufzunehmen. Sie berichtet, dass sich die Fraktion intensiv mit der Landeshauptstadt Potsdam dazu verständigt hat.

Auf Nachfrage erklärt Frau Hayn, dass Psychiatrie- und Suchtkoordination auf organisatorischer Ebene tätig sind. Auf der Ebene, die den Antrag betrifft, wird eine Fachstelle als Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger benötigt.

Nach einer kurzen Verständigung schlägt Frau Becker folgende **Änderung** vor:  
**Der Oberbürgermeister wird mit der Prüfung beauftragt, wie eine Stelle im Fachbereich Öffentlicher Gesundheitsdienst (unabhängig vom sozialpädiatrischen und sozialmedizinischen Dienst) speziell für das Thema Seelische Gesundheit geschaffen werden kann oder ein freier Träger beauftragt wird.**

Frau Trauth spricht den Sozialpädiatrischen Dienst an. Es sollten auch Möglichkeiten innerhalb der Verwaltung geprüft werden. Der Fachbereich sollte im Antrag enthalten bleiben.

Frau Dr. Böhm (Fachbereich Öffentlicher Gesundheitsdienst) erklärt, dass dies nicht für den Sozialpädiatrischen Dienst vorgesehen ist, da dieser andere Aufgaben hat.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Adler den so geänderten Antrag zur Abstimmung.

**Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

Der Oberbürgermeister wird mit der Prüfung beauftragt, wie eine Stelle im Fachbereich 41202 (~~Sozialpsychiatrischer und sozialmedizinischer Dienst~~) **Öffentlicher Gesundheitsdienst (unabhängig vom sozialpädiatrischen und sozialmedizinischen Dienst)** speziell für das Thema Seelische Gesundheit geschaffen werden kann **oder ein freier Träger beauftragt wird.**

Zur Finanzierung der Stelle sollen u.a. geprüft werden:

- Welche Stellen im beschlossenen Stellenplan des GB 3 sind noch nicht besetzt (bitte Stellenummern und -bezeichnungen angeben)?
- Wie hoch sind die daraus resultierenden Einsparungen im Jahr 2021 (gegenüber dem Planansatz)?
- Wurden die entsprechenden Einsparungen bereits anderweitig verplant oder verausgabt (falls ja: wofür?)
- Wie könnten etwaige Finanzierungslücken anderweitig geschlossen werden?

Ziele der zu schaffenden Stelle sind Prävention und Gesundheitsförderung als erste Anlaufstelle für Betroffene.

Diese Aufgaben resultieren aus dem Präventionsgesetzes (PrävG) und dem Brandenburgischen Gesundheitsdienstgesetzes (BbgGDG). Die bereits vorhandenen Fachstellen zur Konsumkompetenz und Suchtprävention können dabei als Orientierung dienen.

Zusätzlich soll geprüft werden, wie ab 2021 ein jährlicher Bericht auf kommunaler Ebene zu diesem Thema erstellt werden kann und welche Inhalte nötig sind.

Das Ergebnis des Prüfauftrags ist der Stadtverordnetenversammlung bis Ende Q3 2021 vorzustellen.

**Abstimmungsergebnis:**

Mit 8 Zustimmungen und 1 Stimmenthaltung mehrheitlich angenommen.

**zu 4.3 Einrichtung einer Koordinierungsstelle gegen Gewalt an Frauen, sexualisierte Gewalt und Stalking**

**Vorlage: 21/SVV/0393**

Fraktion DIE aNDERE

Frau Tietz bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Gerber ergänzt, dass es eine größere Gruppe von Frauen gibt, die Beratung und Weitervermittlung benötigen. Es gibt Einsätze der Polizei bei häuslicher Gewalt, von denen das Frauenzentrum keine Kenntnis erlangt. Die betroffenen Frauen brauchen eine Anlaufstelle.

Frau Trauth verweist auf den Arbeitskreis Opferschutz, der sich mit diesem Themenkreis beschäftigt. Sie würde dieses Thema gern mit dem Arbeitskreis besprechen und ein Votum erbitten. Der Arbeitskreis tagt am 03.06.2021, so dass zur nächsten Sitzung des GSWI-Ausschusses eine Abstimmung zum vorliegenden Antrag erfolgen kann.

Frau Eifler macht deutlich, dass auch der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Umsetzung der Istanbul-Konvention ein wichtiges Anliegen ist. Ihr ist nicht klar, ob eine Koordinierungsstelle in der Landeshauptstadt Potsdam dies klären kann.

Es muss eine Stelle geben, an die sich die Frauen bei Bedarf wenden können.

Frau Gerber bittet, den Antrag zumindest als Prüfauftrag weiter zu bearbeiten.

Frau Trauth schlägt vor, den Antrag bis zur nächsten Ausschuss zurückzustellen, um dies im Arbeitskreis Opferschutz besprechen zu können.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, stellt Herr Adler die **Zurückstellung des Antrages** zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**

Mit 9 Zustimmungen einstimmig angenommen.

Somit wird der Antrag bis zur Sitzung des GSWI-Ausschusses am 15.06.2021 zurückgestellt.

**zu 4.4 Unterstützende Maßnahmen zur Bekämpfung von Pandemie-Spätfolgen bei Jugendlichen**

**Vorlage: 21/SVV/0395**

Fraktion DIE aNDERE

Frau Tietz bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Reisenweber (Fachbereich Bildung, Jugend und Sport) erklärt, dass der Fachbereich auf die Familienberatungsstellen fokussiert ist. Sie macht deutlich, dass bereits vor der Pandemie ein großer Bedarf bestand. Die Beratungsstellen sollten möglichst ausgebaut werden.

Im psychiatrischen und psychotherapeutischen Bereich besteht ebenfalls ein großer Bedarf, der nicht im vollen Umfang gedeckt werden. Hierzu gibt es Gespräche. Es wird auch Unterstützung auf Landesebene geben. Des Weiteren wird eine Erhöhung der Bettenkapazität im Klinikum Ernst von Bergmann benötigt.

Frau Reisenweber weist darauf hin, dass sozialpädagogische Gruppenarbeit an Schulen bereits ein Teil der Schulsozialarbeit und der offenen Kinder- und Jugendarbeit ist. In diesem Zusammenhang verweist sie auf die PLUS-Projekte, die sehr gut angenommen werden.

Auch mit dem Jugendhaus OASE gibt es seit vielen Jahren ein Alternativangebot zum „normalen“ Schulbetrieb. Sie weist auf die aktuellen weiteren Angebote hin, die vorgehalten werden.

Bezüglich der im letzten Anstrich des Antrags angesprochenen Arbeitsüberlastungen und Personalengpässe erklärt sie, dass es aktuell Stellenbesetzungsverfahren gibt, die in allen Bereichen erfolgreich waren. Es sind aber noch nicht alle Stellen besetzt.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Adler den vorliegenden Antrag zur Abstimmung.

**Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

Die Stadtverordnetenversammlung will kurzfristig und unbürokratisch die Beratungs- und Unterstützungsangebote für Jugendliche in der Landeshauptstadt Potsdam an den durch die anhaltende Pandemiesituation gestiegenen Bedarf anpassen.



Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit dem Jugendhilfeausschuss und den freien Trägern der Jugendhilfe kurzfristig zu prüfen

- in welchen Beratungsstellen finanzielle und personelle Ressourcen aufgestockt werden müssen,
- welche medizinischen und therapeutischen Angebote finanziell und personell aufgestockt werden müssen,
- ob im Zuge der Wiederöffnung der Schulen und zur Bearbeitung der psychischen und sozialpädagogischen Belastungen der Kinder und Jugendlichen im Zuge des Distanzunterrichtes und der gesellschaftlichen Einschränkungen „Hilfen zur Erziehung“ in Form von sozialpädagogischer Gruppenarbeit an Schulen angeboten werden können,
- inwieweit die Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit im Freizeitbereich und vor allem in den Ferien für Kinder und Jugendliche unter bestimmten Bedingungen aufrechterhalten werden können und
- wie im Fachbereich 23 Arbeitsüberlastung und Personalengpässe abgebaut werden können.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Mit 9 Zustimmungen einstimmig **angenommen**.

#### **zu 4.5 Hilfsstrategie zur Betreuung von psychosozialen Auswirkungen der Pandemie**

**Vorlage: 21/SVV/0498**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Fröhlich bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Hayn (Fachbereich Öffentlicher Gesundheitsdienst) stimmt zu, dass die Landeshauptstadt Potsdam bereits über eine Vielzahl psychosozialer Beratungs- und Hilfsangebote verfügt, die im Online-Wegweiser Seelische Gesundheit gebündelt sind. Der Online-Wegweiser wird seit 2018 aktualisiert, weiterentwickelt und umfangreich beworben. Aktuell laufen über die Social-Media-Kanäle der LHP anlass- und themenbezogene Beiträge zur Seelischen Gesundheit. Dabei wird auf Beratungsangebote der Stadt bzw. auf Hilfsangebote im Internet und Informationskampagnen verwiesen.

Die Träger der Gemeindepsychiatrie haben im Laufe der Pandemie begonnen, ihr Beratungs- und Hilfsangebote zu digitalisieren. Es wurden aber auch Hygienekonzepte erstellt, die auch persönliche Kontakte ermöglichen. Aufgrund des sehr hohen Bedarfs sind jedoch die bestehenden Angebote nicht ausreichend.

Da der Bedarf für eine Fachstelle seelische Gesundheit von Seiten der freien Träger schon vor der Pandemie geäußert wurde, erarbeitet die Psychiatriekoordination derzeit einen Drittmittelantrag (GKV-Bündnis), um eine Präventionsfach- und Clearingstelle in der Psychiatrie für Kinder aus sucht-/psychisch belasteten Familien zu installieren.

Im Setting Schule befindet sich der Drittmittelantrag für das Projekt „Seelische Gesundheit trifft Schule in Potsdam“ im Zeichnungsgang. Das Projekt soll im August 2021 an Potsdamer Schulen in sozial belasteten Stätteilen starten.

Die Koordination für Suchtprävention plant mit der Schulsozialarbeit und der Suchtpräventionsfachstelle die Fachkräfte im Setting Schule mit Präventionsmethoden und Fachkompetenzen für Gesundheitsförderung gesamtstädtisch auszustatten. Mittelfristig sollen Modellschulen für Gesundheitsförderung und Prävention in Potsdam entstehen. Der Prozess ist

bereits angelaufen.

Dringender Handlungsbedarf besteht in der stationären medizinischen Versorgung, im Bereich Kinder- und Jugendpsychiatrie. Aber auch der ambulante psychotherapeutische Bereich ist sehr stark nachgefragt und es bedarf einer Entlastung des Systems.

Frau Tietz spricht sich für den Antrag aus, der aus ihrer Sicht sinnvoll ist. Sie regt an, die Nachbarschafts- und Begegnungshäuser mit aufzunehmen.

Herr Fröhlich greift dies auf. Er spricht sich dafür aus, jetzt ein Votum zum vorliegenden Antrag abzugeben und ggf. im Jugendhilfeausschuss nachzuschärfen.

Herr Eichert bittet um eine Konkretisierung des Antrages bereits im GSWI-Ausschuss, um ein positives Votum abgeben zu können.

Frau Eifler spricht sich auch dafür aus, die Ergänzung jetzt aufzunehmen. Die Psychiatriekoordination der LHP soll dabei mit dem dazugehörigen Netzwerk für seelische Gesundheit zusammenarbeiten.

Frau Hayn weist darauf hin, dass Frau Magnussen ab dem 01.06.2021 wieder im Dienst ist. Sie bittet, den Zwischenbericht auf die Septembersitzung des GSWI-Ausschusses zu verschieben, da erst mit dem Arbeitskreis sowie den Nachbarschafts- und Begegnungshäusern gesprochen werden muss.

Nach einer kurzen Verständigung einigen sich die Ausschussmitglieder auf folgende **geänderte Fassung des Antrages**:

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zeitnah die Hilfsstrategie zur Betreuung von psychosozialen Auswirkungen der gegenwärtigen Pandemie weiter zu entwickeln.**

**Dazu sollen psychosoziale Hilfsangebote abgestimmt und gebündelt, redundante Parallelentwicklungen vermieden sowie lokale Selbsthilfeaktivitäten unterstützt werden. Die Angebote sind verstärkt der Öffentlichkeit bekannt zu machen.**

**Die Psychiatriekoordination des FB Gesundheit soll dabei mit dem dazugehörigen Netzwerk für seelische Gesundheit und der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft–PSAG kooperieren, weiterhin sollten weitere wichtige Akteur\*innen wie der Arbeitskreis der Nachbarschafts- und Begegnungshäuser in die Erarbeitung dieser Hilfsstrategie einbezogen werden. Es wird empfohlen, die Psychiatriekoordination des FB Gesundheit in den Krisenstab des Rathauses zu integrieren.**

**Ein Zwischenbericht soll im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion im September 2021 gegeben werden, der Bericht an die Stadtverordnetenversammlung im November 2021 erfolgen.**

Herr Adler stellt den so geänderten Antrag zur Abstimmung.

**Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zeitnah eine die Hilfsstrategie zur Betreuung von psychosozialen Auswirkungen der gegenwärtigen Pandemie erarbeiten zu lassen weiter zu entwickeln.**

**Dazu sollen psychosoziale Hilfsangebote abgestimmt und gebündelt, redundante Parallelentwicklungen vermieden sowie lokale Selbsthilfeaktivitäten unterstützt werden. Die Angebote sind verstärkt der Öffentlichkeit bekannt zu machen.**

Die Psychiatriekoordination des FB Gesundheit soll dabei mit dem dazugehörigen Netzwerk für seelische Gesundheit und der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft–PSAG kooperieren, **weiterhin sollten weitere wichtige Akteur\*innen wie der Arbeitskreis der Nachbarschafts- und Begegnungshäuser in die Erarbeitung dieser Hilfsstrategie einbezogen werden**. Es wird empfohlen, die Psychiatriekoordination des FB Gesundheit in den Krisenstab des Rathauses zu integrieren.

Ein Zwischenbericht soll im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion im Juni—**September** 2021 gegeben werden, der Bericht an die Stadtverordnetenversammlung im ~~September~~ **November** 2021 erfolgen.

**Abstimmungsergebnis:**

Mit 8 Zustimmungen und 1 Stimmenthaltung mehrheitlich angenommen.

**zu 4.6 Abwasseranalyse als Frühwarnsystem zur Pandemiebekämpfung**

**Vorlage: 21/SVV/0455**

Fraktion Freie Demokraten

Frau Becker (Fraktion Freie Demokraten) bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Tietz bringt den Ergänzungsantrag der Fraktion DIE aNDERE ein und begründet diesen.

Frau Dr. Böhm (Öffentlicher Gesundheitsdienst) erklärt, dass laut Aussage der Stadtwerke das Monitoring sehr ressourcenaufwändig und betriebswirtschaftlich nicht sinnvoll ist. Des Weiteren wird darauf verwiesen, dass die Trinkwasserversorgung und die Abwasserentsorgung auch überregional erfolgt. Somit können keine punktgenauen Aussagen zu Landeshauptstadt Potsdam getroffen werden.

Der Öffentliche Gesundheitsdienst der LHP monitort gemäß gesetzlicher Grundlage das Trinkwasser, nicht das Abwasser.

Herr Eichert betont, dass hier Kosten und Nutzen geprüft werden. Insofern sollte der Prüfauftrag überarbeitet werden.

Frau Dr. Günther hält den Antrag grundsätzlich für begrüßenswert. Sie verweist auf die universitären Einrichtungen und bietet an, Kontakt zu Prof. Hellweger vom Institut Technischer Umweltschutz, Fachgebiet Wasserreinigung herzustellen.

Herr Marquardt ergänzt, dass sich der Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung ebenfalls mit dem Thema befassen sollte. Er verweist auf ein Portal mit Aussagen zur Trinkwasserqualität.

Herr Eichert macht deutlich, dass der Antrag umgestellt werden müsste.

Frau Becker betont, dass die Stadtwerke die damit im Zusammenhang stehenden Kosten benennen sollten. Die Aussage, dass die Abwasseranalyse betriebswirtschaftlich nicht sinnvoll ist, kann nicht als Grundlage genommen werden.

Frau Becker greift den Vorschlag von Frau Dr. Günther auf und schlägt vor, den Antrag zurückzustellen. Des Weiteren schlägt sie vor, dass das Thema auch im Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung behandelt werden soll.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, stellt Herr Adler die **Zurückstellung des Antrages** zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**

Mit 9 Zustimmungen einstimmig angenommen.

**zu 4.7 Verwertung aussortierter Waren des Einzelhandels**

**Vorlage: 21/SVV/0493**

Fraktion CDU

Herr Eichert bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Kitzmann (Fachbereich Soziales und Inklusion) weist darauf hin, dass die Thematik seit 2019 auf Bundesebene diskutiert wird. Die zuständige Bundesministerin setzt auf Freiwilligkeit.

Auf kommunaler Ebene ist am 20.08.2020 ein Netzwerk „Lebensmittelverschwendung verhindern“ gegründet worden. Auch die Suppenküche, die Tafel und Vertreter der Gastronomie, die Bäckerinnung und foodsharing sind vertreten. Ziel ist es, der Lebensmittelverschwendung entgegen zu wirken. Hierfür ist die Nutzung des Ernährungsrates angedacht.

Frau Dr. Günther teilt mit, dass sie Mitglied im Ernährungsrat Potsdam ist. Dieser ist intensiv mit dem Thema befasst. Unterstützt wird dies durch die Ernährungsstrategie des Landes Brandenburg.

Frau Dr. Günther informiert, dass der Ernährungsrat Potsdam inzwischen eine Website erstellt hat. Sie betont, dass aber auch die Kommune hier tätig werden kann.

Herr Eichert macht deutlich, dass vieles bereits auf den Weg gebracht ist, aber auch noch weiter vorangebracht werden kann.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Adler den vorliegenden Antrag zur Abstimmung.

**Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, ob und wie der Einzelhandel in Potsdam mit vertraglichen Vereinbarungen oder rechtlichen Vorgaben dazu gebracht werden kann, aussortierte aber noch verwendbare Waren möglichst im vollem Umfang der Suppenküche und/oder der Potsdamer Tafel zur Verfügung zu stellen.

**Abstimmungsergebnis:**

Mit 1 Zustimmung, 5 Stimmenthaltungen und 3 Ablehnungen mehrheitlich abgelehnt.

**zu 4.8 Pflege vor Ort gestalten**

**Vorlage: 21/SVV/0501**

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE

Herr Nolde bringt den Antrag ein und gibt Erläuterungen.

Frau Kitzmann (Fachbereich Soziales und Inklusion) verweist auf das Förderprogramm „Pflege vor Ort“. Der erste Teil des Förderprogramms richtet sich an die kommunale Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte. Sie erhalten jährlich insgesamt 2,7 Millionen Euro für regionale Pflegestrukturplanung, Koordinierungs- und Vernetzungstätigkeiten. Hier stehen der Landeshauptstadt Potsdam 150.000 EUR zur Verfügung.

Der zweite Teil des Förderprogramms richtet sich direkt an die Ämter und amtsfreien Städte und Gemeinden. Sie erhalten jährlich insgesamt 9 Millionen Euro, mit denen Hilfen im Vor- und Umfeld von Pflege gefördert werden sollen. Für Potsdam stehen hier ca. 440.000 EUR zur Verfügung.

Der Fachbereich Soziales und Inklusion hat sich intern in den letzten Wochen intensiv im Rahmen von regelmäßigen Beratungen mit dem Förderprogramm auseinandersetzt.

Um bedarfsgerechte Projekte umzusetzen, wurden zunächst offene Bedarfe ermittelt. Im nächsten Schritt sollen nun die relevanten sozialen Träger der Landeshauptstadt Potsdam angesprochen werden, mit dem Ziel zielführende Projekte zu entwickeln. Hierfür ist eine so genannten Ideenwerkstatt vorgesehen. Die Ideenwerkstatt soll im Juni 2021 digital stattfinden. Hier sollen der Pflegestützpunkt, der Seniorenbeirat, die Träger der Altenhilfe, die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung sowie das Netzwerk Älter werden in Potsdam beteiligt werden und gemeinsam konkrete Projekte entwickeln.

Frau Kitzmann macht deutlich, dass die erforderlichen Mittel für den Eigenanteil bisher nicht eingeplant wurden und ab dem Haushaltsjahr 2022 eingeplant werden müssen. Es ist jedoch im Rahmen der Haushalts-Aufstellung 2022 bereits angezeigt worden, dass es im Jahr 2021 zu einem Zuschussbedarf von 117.970 EUR für den Fachbereich Soziales und Inklusion allein durch den Pakt für die Pflege kommt.

Abschließend weist sie darauf hin, dass die Vorlage eines Ergebnisses vor der Sommerpause 2021 nicht möglich ist.

Herr Mundt betont, dass der Antrag von Seiten des Seniorenbeirates vollständig unterstützt wird. Er hätte sich gewünscht, dass der Seniorenbeirat im Vorfeld angesprochen worden wäre.

Frau Vandre fragt, bis wann Ergebnisse vorgelegt werden können.

Frau Kitzmann antwortet, dass zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. September 2021 Ergebnisse vorgelegt werden können.

Frau Dr. Denninger findet es wichtig, auch Menschen mit Behinderung hier aufzugreifen und auch den Beirat für Menschen mit Behinderung einzubinden, da auch Menschen mit Behinderung einen Pflegebedarf haben können. Sie bekundet ihr Interesse an Ideenwerkstatt mitzuwirken.

Herr Nolde macht deutlich, dass sich das Anliegen des Antrages an Menschen mit Pflegebedarf allgemein richtet.

Frau Kitzmann sagt zu, dass auch der Beirat für Menschen mit Behinderung und der Migrantenbeirat hinzugezogen werden. Sie betont, dass es eine offene Diskussion werden soll und man sich nicht auf einen Personenkreis beschränken möchte.

Frau Eifler betont, dass keine Gruppe ausgeschlossen werden soll. Auch die beiden anderen Beiräte sollen ausdrücklich in den Antrag aufgenommen werden.

Herr Wobeto fragt, ob und wie die Verwendung der Mittel nachvollzogen werden kann.

Frau Kitzmann verweist auf die Förderrichtlinie des Landes. Die Mittel sind für jede Kommune berechnet worden. In der Abrechnung muss ein Mittelnachweis erfolgen. Die Abrechnungsbedingungen sind unproblematisch. Es muss aber korrekt abgerechnet werden.

Herr Wobeto fragt, ob nicht verbrauchte Mittel in das nächste Jahr übertragen werden können.

Frau Kitzmann antwortet, dass das nach aktuellem Stand nicht möglich ist.

Frau Gerber schlägt vor, auch den Arbeitskreis Stadtpuren einbeziehen

Frau Kitzmann sagt zu, dass dieser auch im Blick ist.

Nach einer kurzen Verständigung einigen sich die Ausschussmitglieder auf folgende **geänderte Fassung des Antrages**:

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Liste von Projekten zu erstellen, die mit Mitteln des Landesprogramms Pflege vor Ort umgesetzt werden können. Das Netzwerk Gut Älterwerden, der Seniorenbeirat sowie der Migrantinnenbeirat, der Beirat für Menschen mit Behinderung der Landeshauptstadt Potsdam (nicht abschließend) sollen dabei beteiligt werden. Insbesondere soll geprüft werden, wie eine systematische Wohnraumberatung und Alltagsunterstützende Angebote nach SGB XI gefördert werden können. Die notwendigen Eigenanteile sollen bereitgestellt werden.**

**Das Ergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung zum 22. September 2021 zu berichten.**

Herr Adler stellt den so geänderten Antrag zur Abstimmung.

**Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Liste von Projekten zu erstellen, die mit Mitteln des Landesprogramms Pflege vor Ort umgesetzt werden können. Das Netzwerk Gut Älterwerden, ~~und~~ der Seniorenbeirat **sowie der Migrantinnenbeirat, der Beirat für Menschen mit Behinderung** der Landeshauptstadt Potsdam **(nicht abschließend)** sollen dabei beteiligt werden. Insbesondere soll geprüft werden, wie eine systematische Wohnraumberatung und Alltagsunterstützende Angebote nach SGB XI gefördert werden können. Die notwendigen Eigenanteile sollen bereitgestellt werden.

Das Ergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung ~~noch vor der Sommerpause~~ **zum 22. September 2021** zu berichten.

**Abstimmungsergebnis:**

Mit 9 Zustimmungen einstimmig angenommen.

## **zu 5        Mitteilungen der Verwaltung**

### **zu 5.1      Verschiebung Inklusionspreis auf 2022**

#### **Vorlage: 21/SVV/0489**

Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Frau Dr. Denninger bringt die Mitteilungsvorlage ein und erläutert diese.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

### **zu 5.2      Stand Erstellung Potsdamer Armutsbericht**

Herr Gumberger (Fachbereich Soziales und Inklusion) informiert, dass im Ergebnis der Ausschreibung das ISG Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH den Zuschlag für die Erstellung eines Armutsberichtes für die Landeshauptstadt Potsdam erhalten hat. Anhand einer Präsentation erläutert er das Verfahren der Erstellung des Armutsberichtes. Dabei geht er auf die konzeptionellen Grundlagen ein und erläutert die Bausteine für die Erarbeitung des Konzeptes. Anschließend stellt Herr Gumberger den Berichtsaufbau vor und gibt bekannt, dass die Beteiligung der Politik über Workshops im Herbst 2021 erfolgen soll.

Frau Dr. Günther fragt, ob ein Fachfrauenbeirat gegründet und eingesetzt werden soll und ob dies für sinnvoll erachtet wird.

Herr Gumberger informiert, dass zu untersuchende Themen u.a. Kinderarmut, Altersarmut, Armut in besonderen Lebensformen, Geschlechterungleichheit und Migrationshintergrund sein sollen. Das Institut hat hier bereits umfangreiche Erfahrungen.

Auf Nachfrage weist er darauf hin, dass Mobilitätsarmut im Punkt B der Sozialberichterstattung betrachtet wird.

Herr Fröhlich macht deutlich, dass ihm die Reichtums Berichterstattung fehlt. Diese Daten sollten für Potsdam in diesem Zusammenhang ebenfalls erhoben werden.

Herr Gumberger schlägt vor, dass vor den Workshops ein erneuter Bericht im GSWI-Ausschuss gegeben wird. In diesem Zusammenhang sollte sich dann auch das ISG vorstellen. Er schlägt dafür die Sitzung am 07.09.2021 vor.

Frau Gerber spricht die politische Teilhabe an und welchen Einfluss die Armut auf die politische Teilhabe hat. Dies sollte auch aufgegriffen werden.

Herr Gumberger erklärt, dass dies sich hinter der sozialen Teilhabe verbirgt.

Die Präsentation wird als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung gestellt.

**zu 6      Sonstiges**

**Nächste Sitzung des GSWI-Ausschusses: 15. Juni 2021, 18:00 Uhr**

**Uwe Adler  
Ausschussvorsitzender**

**Martina Spyra  
Schriftführerin**